



Zentralsekretariat

An das
Bundeskanzleramt/Sektion III
Minoritenplatz 3
1014 Wien

1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel.: 01 534 54 263 Fax 01 534 54 305
e-mail: zentralsekretariat@goed.at

per E-Mail: iii2@bka.gv.at
sowie an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Unser Zeichen:
9.735/2013-VA/Dr.G/KrP

Ihr Zeichen:
BKA-920.196/0004-III/1/2013

Datum:
Wien, 25. September 2013

Betrifft: **Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Bundeslehrer-Lehrerverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz geändert werden und das Unterrichtspraktikumgesetz aufgehoben wird. Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst
Stellungnahme**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst übermittelt fristgerecht folgende Stellungnahme:

Zentrale Forderung der Lehrgewerkschaften für eine verbesserungswürdige (schulische) Arbeitswelt zukünftiger Pädagoginnen und Pädagogen ist es, ein neues, modernes und attraktives Dienst- und Besoldungsrecht zu schaffen.

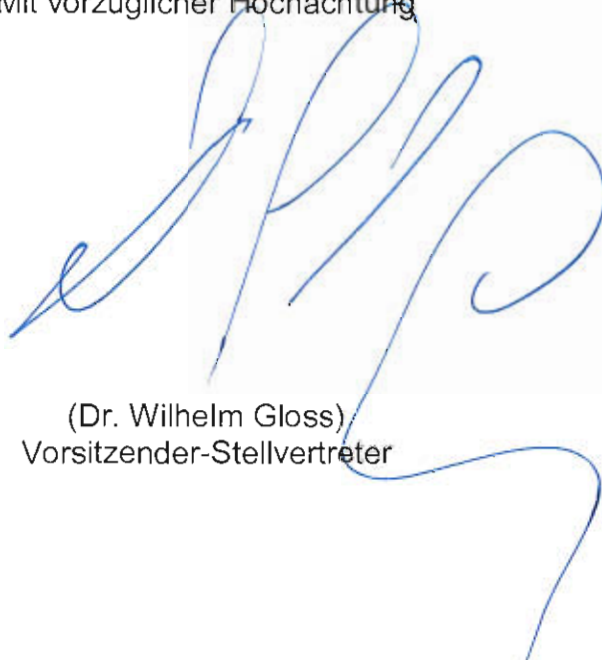
Essentielle Elemente eines modernen und attraktiven Dienst- und Besoldungsrechtes sind:

- masterwertige Bezahlung auf L1-Basis für masterwertig ausgebildete Lehrer/innen
- deutlich höhere Anfangsgehälter ohne Verluste in der Aktivverdienstsumme
- Einführung von Leistungskomponenten (System von Einrechnungen und Zulagen für schulische Zusatz- und Schlüsselfunktionen)
- leistungsgerechte Bezahlung jeder Supplierstunde
- keine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung
- klare Aufgabenbeschreibung aufbauend auf einer neuen Arbeitszeitstudie
- ausreichend Unterstützung durch Support-Systeme
- Ausbau und Weiterentwicklung des Zeitkontos

- Gleitpensionsmodelle, Altersteilzeit
- Flexibilisierung des Pensionsantrittes
- verbesserte wechselseitige Anrechnung von Dienstzeiten für leichteren Berufsein- und -ausstieg
- Zusatzkontingent frei verfügbarer und am Schulstandort flexibel einsetzbarer Ressourcen für pädagogische Zwecke
- keine frauen- und familienfeindlichen Maßnahmen

Die Stellungnahme der Lehrgewerkschaften führen diese essentiellen Elemente aus der Sicht des jeweiligen Vertretungsbereiches aus. Sie sind daher als Bestandteil dieser Stellungnahme anzusehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



(Dr. Wilhelm Gloss)
Vorsitzender-Stellvertreter